



**Castor-Transport
November 2003
Wir sind am Zug!
Tag X in Gorleben
Der Castor kommt – wir
sind schon da!**



Aus Tschernobyl nichts gelernt...

Atomkraftwerke sind schon im sogenannten „Normalbetrieb“ ein unerträgliches permanentes Gefahrenrisiko. Die rot-grüne Bundesregierung war mit dem Wahlversprechen angetreten, da sie sich dieser Gefahren bewusst ist, mit der Atomkraft Schluss zu machen. Rausgekommen ist ein Atomausstieg, der nur auf dem Papier stattfindet, so bleibt die Bevölkerung für weitere Jahrzehnte den täglich möglichen Katastrophen ausgesetzt. Dieser Beschluss, ein Vertrag zwischen Bundesregierung und Stromkonzernen vom Juni 2000, garantiert de facto erstmalig den Bestand der Atommeiler. **Für nackte Kapitalinteressen wird das Grundrecht auf Unversehrtheit außer Kraft gesetzt und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen unverantwortbar in Gefahr gebracht.**

Die Atommüllberge wachsen...

Falls es bei den jetzigen Restlaufzeiten bleibt, wird sich die tödlich strahlende Atommüllmenge seit dem Stillhalte-Atomkonsensvertrag noch verdreifachen. Weltweit gibt es kein sicheres Endlager, das auch nur annähernd dazu in der Lage wäre den Strahlenmüll für Millionen von Jahren von der Biosphäre abschließen zu können. Bereits durch den Uranabbau entstehen strahlende Abraummalden und verseuchen und zerstören die Lebensgrundlagen rechtloser indigener Völker. Bei der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in den Plutoniumfabriken La Hague (F) und Sellafield (GB) wird Strahlenmüll ins Meer gepumpt und über Kamine in die Umgebung geblasen. **Wer in Deutschland Atomenergie befürwortet macht sich mitschuldig an der Verseuchung anderer Länder.**

Jeder Castortransport zementiert Gorleben als Endlagerstandort...

Während der Standortsuche und Bergwerkserkundung wird der Bevölkerung keine juristische Klagemöglichkeit eingeräumt. Es gibt in der Gesetzgebung keinerlei Anzeichen, dass dazu zukünftig ein demokratischer Rechtsrahmen für gerichtliche Auseinandersetzungen geschaffen würde. Erst dann, wenn vollendete Tatsachen geschaffen wurden, wie im Schacht Konrad bei Salzgitter, darf viel zu spät und mit wenig Erfolgsaussichten gegen die Betriebsgenehmigung geklagt werden. Sei es das marode Salzbergwerk Morsleben, oder die abgesoffenen Schächte im Salzbergwerk Asse, für die Bevölkerung ist keine Klagemöglichkeit vorgesehen. **Es bleibt also nur der Widerstand auf der Strasse, um Argumente öffentlich wahrnehmbar vorzutragen!**

Atommüllmilliarden einkassieren...

Für AKW-Abriß- und Entsorgungskosten müssen die Atombetreiber aufkommen. Über einen Aufschlag auf ihre Stromrechnungen, den die Normalkunden bezahlen müssen, bilden sie steuerfreie Rückstellungen. Zur Zeit sind rund 35 Milliarden Euro „zurückgestellt“, denn die „Rückstellungen“ werden nicht in cash für zukünftige Entsorgungskosten bereitgehalten, sondern das Atommüllgeld wird in Machterweiterung auf dem Markt investiert. Aufkäufe in der Wasser-, Gas-, Müllverbrennungs- oder Verpackungswirtschaft werden damit finanziert. Eine gigantische Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der regenerativen Energieerzeugung. Auch die Atomstromer sind vor Pleiten nicht sicher. Das Geld für Entsorgungskosten wäre dann futsch und die Bevölkerung müsste dann über Steuern doppelt für das atomare Abenteuer blechen. Wir fordern die sofortige Überführung der Rückstellungsmilliarden in einen öffentlich rechtlichen Fond. **Das politische Gerede um alternative Endlagerstandorte ist erst ernst zu nehmen, wenn die Finanzierung geklärt ist.**

Aktenzeichen Tag X ungelöst...

Wer von seinem grundrechtlich verbrieften Recht auf freie und wahrnehmbare Meinungsäußerung öffentlich Gebrauch machen will, wird mit Kriminalisierung und Repression bedroht. Für den Castortransport im November wurde bereits angekündigt mindestens 18.000 Polizisten ins 50.000 Einwohner zählende Wendland zu schicken. Stundenlange Ingewahrsamnahmen von im Schnitt 300 Menschen sind beim Transport „Normalfall“. Würde das Szenario 1:1 nach Berlin übertragen hieße das: **Bei einem Castortransport nach Berlin würden (bezogen auf 3.000.000 Einwohnern) 1.080.000 Polizisten 18.000 Verhaftungen vornehmen und die Betroffenen aus Platzproblemen wahrscheinlich ins Olympiastadion sperren.**

Das wäre ja ein Polizeistaat? Ja...

Das niedersächsische Innenministerium plant, die Polizei jetzt auch noch als Versammlungsbehörde einzusetzen. Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen müssen dann bei dem Behördenapparat angemeldet werden, der bereits jetzt immer wieder fragwürdige Gefahrenprognosen erstellt. Nicht als Schutz der Bevölkerung vor dem Risiko Atomkraft, sondern nur zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Atomindustrie vor der Grundrechte wahrnehmenden Bevölkerung. Aktive AtomkraftgegnerInnen sind nicht nur den Atomstromern und der willfährigen Politik lästig, sondern auch der Polizei. Die versagende Politik schickt eine Polizeiarmada, um uns aus dem Weg zu räumen. Konfliktlösung nicht nur in Deutschland... Die Polizei als Versammlungsbehörde? Ein weiter Stiefelschritt in den Polizeistaat! **In Frankreich steht seit kurzem bereits die Veröffentlichung der Transporttermine bei Gefängnisandrohung unter Militäргеheimnis.**

Tropfsteinhöhle Gorleben aufgeben...

Es wird weiter versucht zu suggerieren das Atommüllproblem im Griff zu haben. Das Hin- und Herkutschieren von Castorbehältern von einem Ort zum anderen hat nichts mit „Entsorgung“ zu tun. In Gorleben stehen die Dinger in einer Halle herum. Wie lange? Keiner weiß es. Ungenügende Falltests, Brandversuche, angebliche Flugzeugabsturzimmunität: Castorsicherheitsüberprüfungen finden seit Jahren nur noch per Computersimulation statt. Virtuelle Sandkastenspiele. Die Gorlebener Pilotkonditionierungsanlage ist vorerst von denen, die behaupten, der Castor sei sicher, als „Reparaturwerkstatt“ eingerichtet. Gleich nebenan findet man die Endlagerbaustelle. Im Salzstock soll in 800 Metern Tiefe der heiße Müll eines Tages für alle Ewigkeit verbuddelt werden. Obwohl das marode Gorlebener Deckgebirge des Salzstocks bekanntermaßen keine Barrierenfunktion erfüllen kann. Auch die Grundwasserverbindungen verdeutlichen alarmierend, dass der radioaktive Müll nicht lange von der Biosphäre abgeschlossen werden kann. Trotzdem wurden bislang 1,3 Mrd. Euro an der Endlagerbaustelle in den Sand gesetzt. Dies darf nicht als Argument für ein Festhalten am Standort herhalten! Halbwertzeiten, die Eiszeiten überdauern werden, können nicht durch buchstäblich „billige Lösungen“ außer Kraft gesetzt werden.

Der Standort Gorleben ist ein Relikt aus den Zeiten des „kalten Krieges“. Er wurde nicht aus geologischen Erkenntnissen, sondern politischen Erwägungen durchgesetzt, denn wie eine Halbinsel ragte das Wendland in die DDR hinein. Der „kalte Castor-Krieg“ gegen die Bevölkerung ist eines sich demokratisch nennenden Gemeinwesens zutiefst unwürdig. **Jeder Castortransport nach Gorleben zementiert den Endlagerstandort. Dagegen stellen wir uns entschieden quer!**

Es gibt kein sicheres Endlager...

Kein Atomklo Gorleben! Wir sind am Zug – Auf ins Wendland!

Castortransport nach Gorleben 8.–14.November 2003

- 8.11., 13:00, Auftaktdemo, ab Marktplatz Dannenberg

Weitere Informationen: www.bi-luechow-dannenberg.de.....

Stoppt die Atomindustrie!

**ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs sind u.a.:
dieses Flugblatt wird noch aktualisiert!**